

HAUPTSATZUNG DER STADT ISERLOHN

Der Rat der Stadt Iserlohn hat auf Grund des § 7 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666/SGV. NW. 2023), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 2004 (GV. NRW S. 96) nachstehende Hauptsatzung beschlossen, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates am 22. September 2009:

§ 1

Gemeinde und Gemeindegebiet

Die Stadt Iserlohn wurde durch das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland/Paderborn vom 5. November 1974 (GV. NW. S. 1224/SGV. NW. 2020) und durch den Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Hemer vom 27. 08. 2002 aus den Städten Iserlohn und Letmathe, den Gemeinden Hennen und Kesbern sowie aus Teilen der Stadt Hemer und der Gemeinde Sümmern gebildet.

§ 2

Gemeindebezirk Kesbern

- (1) Für das Gebiet der früher selbstständigen Gemeinde Kesbern wird ein Gemeindebezirk nach § 39 Abs. 2 GO NRW gebildet und ein Ortsvorsteher gewählt.
- (2) Der Ortsvorsteher kann in allen Angelegenheiten des Bezirks Vorschläge und Anregungen an den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister richten. Soweit er kein Ratsmitglied ist, kann er bei Beratung des Rates oder eines Fachausschusses über diese Angelegenheit in der Sitzung gehört werden.

§ 3

Wappen, Siegel und Stadtflagge

- (1) Die Stadt Iserlohn führt ein Wappen, das eine im gelben Feld mit zwei roten, blaubedachten Türmen ausgestattete und mit drei rotsilbernen geschachten Querbalken belegte Mauer darstellt, aus der zwischen den Türmen der Heilige Pankratius im roten Mantel, in der Rechten ein Schwert haltend, emporwächst.
- (2) Die Stadtflagge enthält die Stadtfarben Weiß-Rot-Gelb und ist längs gestreift.
- (3) Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen und der Umschrift "Stadt Iserlohn".
- (4) Dritte dürfen das Stadtwappen nur verwenden, wenn die Stadt vorher schriftlich zugestimmt hat. Die Zustimmung wird nur erteilt, wenn die Verwendung des Wappens den Interessen

der Stadt förderlich erscheint. Sie ist jederzeit widerruflich.

§ 4

Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat der Stadt entscheidet, über welche allgemein bedeutsamen Angelegenheiten und in welcher Form die Einwohner gem. § 23 GO NRW zu unterrichten sind. Die Unterrichtung kann durch den Bürgermeister vorgenommen werden.
- (2) Zur Unterrichtung der Einwohner kann der Rat der Stadt Einwohnerversammlungen anberaumen. Die Versammlungen können auf einen oder mehrere Stadtteile beschränkt werden.
- (3) Den Vorsitz in der Einwohnerversammlung führt der Bürgermeister.
- (4) Auf Einwohnerversammlungen soll in den örtlichen Medien hingewiesen werden.

§ 5

Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden

- (1) Schriftlich oder zur Niederschrift an den Rat der Stadt gerichtete Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Stadt werden in der Regel innerhalb einer Frist von einem Monat in dem vom Rat der Stadt gebildeten Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden beraten und mit einer Empfehlung dem Rat, einem zuständigen Ausschuss oder dem Bürgermeister zur Entscheidung übergeben. Dem Antragsteller ist eine Zwischen- nachricht zu geben.
- (2) Der Rat trifft nähere Bestimmungen in einer besonderen Verfahrensregelung.

§ 6

Bezeichnung der Rats- und Ausschussmitglieder und Zahl der Ratsmitglieder

- (1) Die Mitglieder des Rates der Stadt Iserlohn führen die Bezeichnung "Ratsmitglied". Die Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder wird gem. § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz um sechs, davon zur Hälfte in Wahlbezirken, verringert. Eine Reduzierung erfolgt nicht, wenn die Bevölkerungszahl von 100.000 nicht überschritten wird.
- (2) Funktionsbezeichnungen nach der Gemeindeordnung, dieser Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Regelungen werden entsprechend § 12 GO NRW in weiblicher oder männlicher Form geführt.

§ 7

Bürgermeister und Stellvertreter

- (1) Der Bürgermeister ist der Vorsitzende des Rates und des Hauptausschusses. Bei feierlichen Anlässen kann er die Amtskette anlegen.
- (2) Der Rat wählt drei Stellvertreter des Bürgermeisters. Diese führen die Bezeichnung "Stellvertretender Bürgermeister". Sie vertreten den Bürgermeister bei der Leitung der Ratssitzungen und bei der Repräsentation in der sich durch die Wahl ergebenden Reihenfolge.

§ 8

Gleichstellung von Frau und Mann

- (1) Der Bürgermeister bestellt gemäß § 5 Abs. 2 GO NRW eine Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Die Frauengleichstellungsstelle arbeitet auf kommunaler Ebene darauf hin, vorhandene Benachteiligungen von Frauen abzubauen und somit das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die übrigen der Herstellung der Gleichberechtigung dienenden Gesetze zu verwirklichen. In der Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten liegen alle frauenrelevanten Fragen und Angelegenheiten. Als frauenrelevant sind solche Fragen und Angelegenheiten zu verstehen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in anderer Weise oder in stärkerem Maße berühren als die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Männern. Es handelt sich dabei um die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben, die fachübergreifend alle Bereiche der Kommunalpolitik und -verwaltung berühren können.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich tätig. Anderweitige dienstliche oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen dürfen ihr nicht übertragen werden.
- (4) Der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereichs an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Der Bürgermeister hat sicherzustellen, dass die Meinung der Gleichstellungsbeauftragten zu frauenrelevanten Angelegenheiten bei Bildung der Verwaltungsmeinung berücksichtigt wird. Der Frauengleichstellungsstelle sind die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.
- (5) Im Rahmen des allgemeinen Verwaltungshandelns der Stadt betreibt die Gleichstellungsbeauftragte selbstständig Öffentlichkeits- und Pressearbeit.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs soll ihr auf Wunsch das Wort erteilt werden.

§ 9

Integrationsrat

Abweichend von § 27 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen ist die Stadt Iserlohn von der Pflicht zur Bildung eines Ausländerbeirats mit der Maßgabe befreit, an dessen Stelle einen Integrationsrat zu bilden. Der Rat trifft nähere Bestimmungen in einer besonderen Verfahrensregelung.

§ 10

Ausschüsse des Rates

- (1) Die Anzahl der Ausschüsse, ihre Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse beschließt der Rat der Stadt in einer Zuständigkeitsordnung.
- (2) Ausschussvorsitzende haben die Akteneinsicht in Angelegenheiten, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören.
- (3) Soweit der Rat nicht für bestimmte Ausschüsse eine persönliche Stellvertretung festlegt, sind bei den zu wählenden stellvertretenden Ausschussmitgliedern auch alle übrigen Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge stellvertretende Mitglieder.

§ 11

Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeld, Verdienstaufschlag

- (1) Jedes Ratsmitglied erhält Aufwandsentschädigung zugleich als monatlichen Pauschalbetrag und als Sitzungsgeld. Die in den Ausschüssen tätigen sachkundigen Bürger und sachkundigen Einwohner erhalten ausschließlich ein Sitzungsgeld. Die Höhe der Aufwandsentschädigung wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung gewährt.
- (2) Sitzungsgeld und Fahrtkosten werden für die Teilnahme an Sitzungen des Rates, der Ausschüsse, der Fraktionen und der Fraktionsvorsitzendenbesprechung sowie der vom Rat oder einem Ausschuss gebildeten Unterausschüsse, Kleinen Kommissionen und Beiräte gezahlt, soweit keine Sonderregelung besteht. Die Teilnahme als Zuhörer begründet keinen Anspruch auf Sitzungsgeld. Bei einer Sitzungsdauer von mehr als 6 Stunden wird ein weiteres Sitzungsgeld gezahlt. Pro Tag dürfen an ein Rats- oder Ausschussmitglied nicht mehr als 2 Sitzungsgelder gewährt werden. Für Fraktionssitzungen werden höchstens 10 Sitzungsgelder jährlich gezahlt.
- (3) Die Stellvertretenden Bürgermeister erhalten je eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 3 Abs. 1 Buchstaben a und b Entschädigungsverordnung monatlich.

Fraktionsvorsitzende von Fraktionen mit mehr als 10 Mitgliedern erhalten eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe des 3fachen Betrages nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 a Entschädigungsverordnung monatlich, von Fraktionen mit weniger als 10 Mitgliedern des 2fachen Betrages nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 a Entschädigungsverordnung monatlich.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Fraktionen mit mindestens 10 Mitgliedern erhalten

eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 a Entschädigungsverordnung monatlich.

Bei Fraktionen mit mindestens 20 Mitgliedern erhalten auch zwei, bei Fraktionen mit mindestens 30 Mitgliedern auch drei stellvertretende Vorsitzende eine zusätzliche Aufwandsentschädigung.

- (4) Der Ortsvorsteher des Stadtbezirks Kesbern erhält eine Aufwandsentschädigung gem. § 3 Abs. 2 Satz 1 Entschädigungsverordnung.
- (5) Für den Ersatz des Verdienstauffalls wird der einheitliche Höchstbetrag auf 20,00 Euro je Stunde, der tägliche Höchstbetrag auf 160,00 Euro festgesetzt. Der Regelstundensatz und der Stundensatz für Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, betragen 8,50 Euro.

Verdienstauffall, Regelstundensatz und Haushaltsentschädigung werden bis längstens 19.00 Uhr gezahlt, es sei denn, dass eine regelmäßige Arbeitszeit über diesen Zeitpunkt hinaus nachgewiesen wird.

Anträge auf Zahlung dieser Leistungen sollen spätestens bis zum 31. März des auf die Entstehung folgenden Jahres gestellt werden.

- (6) Notwendige und nachgewiesene Kosten für eine entgeltliche Betreuung von Kindern bis max. 14 Jahren werden auf Antrag erstattet. Der Höchstbetrag je Stunde wird auf 8,50 Euro, der Zeitraum bis längstens 19.00 Uhr festgelegt. Ausnahmen bezüglich des Alters und des Zeitraumes sind im Einzelfall (z. B. bei behinderten Kindern) möglich.

Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die Verdienstauffall bzw. der Regelstundensatz einschl. Haushaltsentschädigung gezahlt werden.

§ 12

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, werden im Iserlohner Kreisanzeiger vollzogen.
- (2) Sind öffentliche Bekanntmachungen in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, werden Bekanntmachungen im Rathaus I ausgehängt. Der Aushang ist 14 Tage lang im Bereich der Haupteingänge der Gebäude von außen sichtbar anzubringen. Auf der Vorderseite der Bekanntmachung sind jeweils sofort das Datum des Aushängens und das der Abnahme zu vermerken.
- (3) Sofern die Bekanntmachung nach Abs. 2 nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist, ist sie nachrichtlich in der durch Abs. 1 vorgeschriebenen Form unverzüglich nachzuholen.

§ 13

Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten

- (1) Über beamtenrechtliche Ernennungen, Beförderungen, Versetzungen und Entlassungen sowie über arbeitsrechtliche Einstellungen, Eingruppierungen, Kündigungen und Auflösungsverträge entscheidet
 - a) der Haupt- und Personalausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister für Bedienstete in Führungspositionen, die dem Bürgermeister, einem Beigeordneten oder einem Ressortleiter direkt unterstehen und die als Beamte dem höheren Dienst oder als tariflich Beschäftigten einer der Vergütungsgruppen E 13 bis E 15 angehören oder als Beschäftigte mit Sonderverträgen geführt werden, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben eines persönlichen Referenten oder Pressereferenten,
 - b) der Bürgermeister für alle übrigen Beamten, tariflich Beschäftigten, Praktikanten und Auszubildenden.

Kommt in Personalangelegenheiten gem. Buchstabe a) ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Bei diesen Entscheidungen des Rates stimmt der Bürgermeister nicht mit. Erfolgt keine Entscheidung durch den Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder, so trifft der Bürgermeister die Entscheidungen.

- (2) Die nach geltendem Recht auszustellenden Urkunden für Beamte, die Anstellungsverträge und sonstigen schriftlichen Erklärungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse von tariflich Beschäftigten und von Beschäftigten mit Sonderverträgen werden durch den Bürgermeister unterzeichnet. Der Bürgermeister kann die Unterschriftsbefugnis durch Dienstanweisung übertragen.

§ 14

Übertragung von Aufgaben auf den Bürgermeister

Die gemäß § 10 dieser Hauptsatzung erlassene Zuständigkeitsordnung regelt, welche Aufgaben dem Bürgermeister nach § 41 Abs. 2 GO NRW übertragen werden.

§ 15

Geschäfte der laufenden Verwaltung

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung, die gemäß § 41 Abs. 3 GO NRW als auf den Bürgermeister übertragen gelten, sind alle Geschäfte, die regelmäßig wiederkehren, sich im Rahmen der normalen Verwaltungsführung erledigen lassen und, soweit sie sich wertmäßig erfassen lassen, den Betrag von 250.000,00 Euro nicht übersteigen.

- (2) Für den Kreis von Geschäften, die sich wertmäßig erfassen lassen und den Betrag von 125.000,00 Euro übersteigen, macht der Rat von seinem Rückholrecht Gebrauch und überträgt die Entscheidung den Fachausschüssen. Einzelheiten regelt die Zuständigkeitsordnung.
- (3) Über den An- und Verkauf von Grundstücken bis zum Wert von 125.000,00 Euro ist dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung und dem Finanzausschuss zu berichten, soweit es sich nicht um Straßenland handelt.

§ 16

Beigeordnete, Vertretung des Bürgermeisters

Die Zahl der Beigeordneten wird auf drei festgesetzt. Die Amtsbezeichnungen der Beigeordneten legt der Rat fest. Der Erste Beigeordnete ist der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters.

§ 17

Genehmigungspflicht für Verträge

Leitende Dienstkräfte der Gemeinde im Sinne des § 41 Abs. 1 Buchst. r) GO NRW sind die Beigeordneten. Verträge mit ihnen bedürfen wie die Verträge mit den Rats- und Ausschussmitgliedern und mit dem Bürgermeister der Genehmigung des Rates der Stadt.

Ausgenommen sind

- a) Verträge, die zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören und bei denen die vereinbarte Gegenleistung den Betrag von 5.000,00 Euro im Einzelfall oder 10.000,00 Euro jährlich nicht übersteigt,
- b) Vergaben aufgrund öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung.

§ 18

In-Kraft-Treten

.....

Hinweis: Die Hauptsatzung in der Ursprungsfassung tritt am 12. Oktober 2004 in Kraft. Der vorstehende Satzungstext beruht auf der Zusammenschrift von Urfassung und allen seit dem 12.

Oktober 2004 vorgenommenen Änderungen. In dieser Fassung tritt die Satzung ab dem 04. Oktober 2009 in Kraft.